

SEKRETARIAT DER OECD



Euer Ziel

Euer Ziel ist es, Reformen zu verhandeln, die als internationaler Standard anerkannt werden und von allen wichtigen Ländern umgesetzt werden. Nationale Alleingänge bergen aus Sicht der OECD die Gefahr, dass die gleichen Gewinne doppelt besteuert werden und machen das System kompliziert. Sie sollen deswegen unbedingt vermieden werden. Gleichzeitig soll der Umfang der Steuervermeidung und der niedrig besteuerten Gewinne möglichst stark reduziert werden.

Hintergrund

- » Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Paris. Sie wurde 1948 gegründet um den Wiederaufbau in Europa nach dem zweiten Weltkrieg zu fördern.
- » Zu ihren 38 Mitgliedstaaten gehören die größten Industrienationen (USA, Deutschland und Japan) außer China, außerdem fast alle EU-Länder und ausgewählte andere Staaten (Kanada, Mexiko, Kolumbien, Chile, Australien, Korea oder Israel) aber nicht die bevölkerungsreichsten Länder (Brasilien, Russland, Indien, Indonesien) und kein Land aus Afrika.
- » Im Sekretariat arbeiten etwa 3.300 Personen, darunter Juristen und Volkswirtschaftler. Das Einstiegsgehalt liegt zwischen 60.000 und 100.000 Euro pro Monat und ist damit vergleichsweise hoch.
- » Für die internationale Unternehmensbesteuerung entwickelt die OECD breit angewendete Standards und sammelt Daten. Um festzulegen in welchem Land internationale Konzerne ihre Steuern zahlen, haben viele Länder sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Dafür gibt es ein Modell der OECD und eines der UN. Für die Interpretation der Abkommen und für die Beilegung von

Streitigkeiten hat die OECD mehrere tausend Seiten Kommentierung, Leitlinien und Auslegungshinweise verfasst.

- » Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 arbeitet die OECD – gemeinsam mit der G20 (u.a. China, Indien, Indonesien, Brasilien, Südafrika, Russland) – an Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Die OECD entwickelt die technischen Standards und Vorschläge. Und sie organisiert die politischen Debatten. Dafür hat sie das „Inclusive Framework“ ins Leben gerufen, bei dem insgesamt 138 Staaten teilnehmen.

- » Die OECD kann keine Gesetze verabschieden. Ihre Vorschläge müssen entweder als Abkommen von den teilnehmenden Staaten verabschiedet werden oder von den Staaten in ihr eigenes Gesetz übersetzt werden.

Zum Weiterlesen: Zusammenfassung des Bundesverfassungsministeriums zu den Reformbemühungen der OECD im Bereich der Unternehmensbesteuerung:



USA



Euer Ziel

Euer Ziel ist es das Steuereinkommen der USA zu maximieren und nationale Alleingänge, die zu einer Doppelbesteuerung von US-amerikanischen Unternehmen führen zu vermeiden. Idealerweise sollten für die USA keine weiteren Reformen nötig werden und die 2018 verabschiedeten Maßnahmen sollten als ausreichend anerkannt werden.

Hintergrund

- » Die USA ist die mit Abstand größte Volkswirtschaft der Welt und nach Indien und China das Land mit der drittgrößten Bevölkerung. Etwa 15 Prozent aller Güter und Dienstleistungen kommen von hier.
 - » Das durchschnittliche Einkommen in den USA betrug den Daten der Weltbank zufolge etwa 70.460 Euro im Jahr 2022, Mitarbeitende bei Google verdienen laut interner Dokumente im Schnitt etwa 260.000 Euro.
 - » Von den 200 größten und profitabelsten Unternehmen weltweit hat fast die Hälfte ihren Hauptsitz in den USA. Dazu gehören Konzerne wie Google, Apple, Amazon oder Microsoft. Gerade diese hochprofitablen US-Konzerne verschieben besonders viele Gewinne in Steueroasen und zahlen die niedrigsten Steuersätze.
 - » 2018 hat die USA unter Donald Trump eine Unternehmenssteuerreform verabschiedet, den sogenannten „Tax Cuts and Jobs Act“.
- Sie hat:
- Den Steuersatz von 35 Prozent auf 21 Prozent gesenkt. Mit den lokalen Steuern werden im Silicon Valley jetzt genauso wie in Berlin knapp 30 Prozent Steuern auf die Unternehmensgewinne fällig.
 - Für Gewinne von US-Konzernen im Ausland gilt eine Mindeststeuer von 13 Prozent. Wenn die Steuer im Ausland niedrig ist, muss sie in den USA nachgezahlt werden.
 - Für Einnahmen für Lizenzen, Patente und Markeneinnahmen, die aus dem Ausland in die USA fließen gilt ein ermäßigter Steuersatz von 13 Prozent.

Zum Weiterlesen: Eine Zusammenfassung von Steuermythen zum „Tax Cuts and Jobs Act“ aus deutscher Sicht:



DEUTSCHLAND



Euer Ziel

Euer Ziel ist es dafür zu sorgen, dass für die deutschen Unternehmen weltweit möglichst verlässliche und einheitliche Regeln – ohne nationale Alleingänge – gelten, dass sich ausländische Unternehmen, die in Deutschland aktiv sind, über Gewinnverschiebung und niedrige Steuern keinen unfairen Wettbewerbsvorteil verschaffen können und dass die großen (Digital)konzerne in Deutschland mehr Steuern zahlen.

Hintergrund

- » Deutschland ist nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft und eine Exportnation, d.h. deutsche Unternehmen, vor allem aus der Industrie, sind auf ihre internationalen Beziehungen angewiesen.
- » In Deutschland betrug das durchschnittliche Einkommen im Jahr 2022 der Weltbank zufolge etwa 45.000 Euro.
- » Das größte deutsche Unternehmen war Volkswagen mit Einnahmen von mehr als 300 Milliarden Euro, einem Gewinn von 13 Milliarden Euro und mehr als 600.000 Mitarbeiter. BMW war zwar nicht mal halb so groß, erzielte mit 17 Milliarden Euro im Jahr 2022 aber einen deutlich höheren Gewinn.
- » Der Steuersatz auf Unternehmensgewinne beträgt im Schnitt 30 Prozent. Deutsche Konzerne, die im Ausland niedrig versteuerte Gewinne verbuchen, müssen in Deutschland Steuern nachzahlen.
- » Ein Unternehmensbeispiel: Google verdient Geld vor allem mit Werbung. Schätzungsweise 4 Prozent der Einnahmen kommen aus Deutschland. Das sind ungefähr 10 Milliarden Euro. Weltweit erzielte Google 2022 Einnahmen von fast 300 Milliarden Euro und behielt davon nach allen Kosten einen Gewinn von 50 Milliarden Euro. Würde Google davon 4 Prozent in Deutschland versteuern, müsste Google ungefähr 600 Millionen Euro Steuern zahlen. Aber Google verbuchte nur einen sehr kleinen Teil der globalen Gewinne in Deutschland und zahlte schätzungsweise nur 75 Millionen Euro Steuern. Den größten Teil der im Ausland, also auch in Deutschland, erzielten Gewinne verbucht Google in den USA. Dort werden wegen einer Sonderregel auf solche aus dem Ausland stammenden Gewinne nur 13 Prozent Steuern fällig und nicht wie in Deutschland 30 Prozent.

Zum Weiterlesen: Mehr Informationen zur Besteuerung der großen Digitalkonzerne hier:



INDIEN



Euer Ziel

Euer Ziel ist es, die indischen Steuereinnahmen zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass globale Konzerne, die in Indien tätig sind dort mehr Steuern zahlen.

Hintergrund

- » Indien ist mit 1,4 Milliarden Einwohnern das bevölkerungsreichste Land auf der Welt. Indien ist Mitglied der G-20 (die Gruppe der großen und reichen Länder) und der G-77 (die Gruppe der „Entwicklungsländer“) und Teil der sogenannten BRICS-Staaten (die bevölkerungsreichen und aufstrebenden Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) aber kein Mitglied der OECD.
- » Das durchschnittliche Einkommen in Indien beträgt ungefähr 2.500 Euro pro Jahr, wobei es große Unterschiede nach Region und Job gibt. Software Ingenieure bekommen Marktberichten zufolge mehr als 15.000 Euro und Lehrer etwa 3.000 Euro.
- » Dem sogenannte State of Tax Justice Bericht des Tax Justice Networks zufolge entgingen dem Land im Jahr 2020 aufgrund von Steuervermeidung über 10 Milliarden Euro an Steuereinnahmen, das waren etwa 0,41 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Indien. Mit diesem Geld hätten beispielsweise die Jahresgehälter von mehr als vier Millionen Pflegekräften ausgezahlt werden können.
- » Indien hat 2016 als eines der ersten Länder weltweit eine Digitalsteuer eingeführt. Sie sorgt dafür, dass ausländische Unternehmen, die in Indien

Online für ihre Produkte werben, eine zusätzliche Steuer zahlen müssen. Seit 2020 wurde die Steuer auf den Online-Handel ausgeweitet. Zum Beispiel ist Amazon als Onlineversandhändler oder Google als Internet-Suchmaschine davon betroffen.

- » Die Steuereinnahmen der Digitalsteuer betragen im Jahr 2022 etwa 400 Millionen Euro, also rund 0,1 Prozent des gesamten Staatshaushalts.

- » Viele internationale Konzerne sind in Indien tätig. Sie haben dort viele Mitarbeiter und wollen ihre Produkte oder Dienstleistungen verkaufen. Nur wenige der größten Konzerne kommen aus Indien. Indien wird zum Beispiel gerne als Apotheke des Globalen Südens bezeichnet, weil dort viele günstige Medikamente produziert werden. Laut einer Studie von Oxfam (2018) verbuchen große US-Pharmakonzerne ihre Gewinne aber vor allem in Steueroasen, in Indien bleiben unterm Strich sogar Verluste.

Zum Weiterlesen: Mehr zur sogenannten Digital Service Tax (in Englisch):



BERMUDA (UND DIE PERSPEKTIVE DER STEUEROASEN)



Euer Ziel

Euer Ziel ist es, bei den Verhandlungen die Anliegen und Belange von Steueroasen zu vertreten. Als kleine Inselgruppe ist euch bewusst, dass die mächtigen Unternehmen höchstwahrscheinlich abwandern würden, wenn ihr die Steuern anheben würdet. Nichtsdestotrotz liegt für euch das Wohl der einheimischen Bevölkerung an erster Stelle.

Hintergrund

- » Bermuda ist eine Inselgruppe im Atlantik. Dort leben etwa 64.000 Menschen. Im Jahr 2022 arbeiteten von den Beschäftigten etwa ein Prozent in der Landwirtschaft, ca. 10 Prozent in der Tourismusbranche und etwa 4.900 Personen also 15 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten für internationale Unternehmen.
- » Die Einkommensverhältnisse unterscheiden sich sehr zwischen den Berufsgruppen. In 2022 beispielsweise betrug das durchschnittliche Einkommen von Fischern 31.000 Euro im Jahr, wohingegen Managern in der Finanzbranche durchschnittlich 150.000 Euro im Jahr erhielten.
- » So gut wie alles auf der Insel muss importiert werden und die Importsteuer ist hoch. Es ist nicht unüblich für ein Netz Orangen 10 Euro oder für ein Brot 7 Euro zu zahlen.
- » In Bermuda sind 12.400 internationale Unternehmen angemeldet. In den benachbarten britischen Jungferninseln sind es sogar 375.000.
- » Den Großteil des Staatshaushaltes machten mit mehr als 480 Millionen Euro die Lohnsteuereinnahmen aus. Die (Gebühren)Einnahmen von den internationalen Unternehmen betragen 65 Millionen Euro.
- » In der Vergangenheit haben viele große Konzerne – z.B. Google – einen großen Teil ihrer Gewinne nach Irland und von dort weiter auf die Bermudas geschleust. So lange sie dort lagen und nicht in die USA überwiesen wurden, wurde keine Steuer fällig. 2018 hat Donald Trump ihnen aber einen Großteil der eigentlich fälligen Steuern erlassen. Seit 2021 darf Irland außerdem Gewinne nicht mehr steuerfrei auf die Bermudas weiterleiten. 2023 hat Bermudas schließlich angekündigt bis 2025 zum ersten Mal eine Steuer auf Unternehmensgewinne zu erheben.

Zum Weiterschauen: Monitor-Sendung zu „Armut im Steuerparadies Bermuda“:



TAX JUSTICE NETWORK (NICHTREGIERUNGS-ORGANISATION)



Euer Ziel

Euer Ziel ist ein Verhandlungsergebnis, dass die Gewinnverschiebung möglichst stark reduziert und die Steuereinnahmen in den „Entwicklungsländern“ möglichst stark erhöht. Dafür wollt ihr der Perspektive der Entwicklungsländer und Stimmen aus diesen Ländern in der öffentlichen Debatte möglichst viel Gehör verschaffen. Kein Ergebnis ist aus eurer Sicht möglicherweise besser als ein Ergebnis, dass die Entwicklungsländer in ihren Möglichkeiten für nationale Alleingänge zu stark beschränkt ohne ihnen dafür ausreichend entgegen zu kommen.

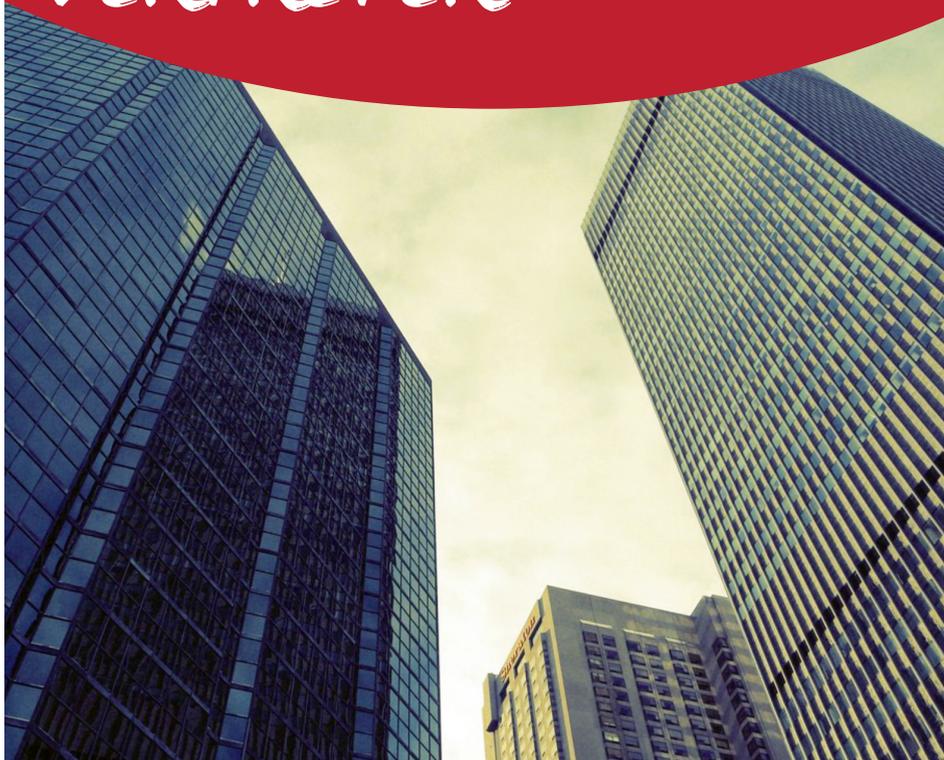
Hintergrund

- » Das Tax Justice Network (TJN) ist eine nicht profitorientierte, zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung einsetzt. Es wird vor allem durch große Stiftungen und Projektgelder zum Beispiel von der Europäischen Kommission finanziert.
- » In 2022 hatte TJN ein Jahresbudget von etwa 3 Millionen Euro und 34 Mitarbeitende. Sie verdienten etwa 70.000 Euro.
- » Mit internationale Rankings, Studien und Pressearbeit versucht TJN Aufmerksamkeit für ihr Thema zu schaffen und den Interessen der „Entwicklungsländer“ in den internationalen Verhandlungen mehr Gehör zu verschaffen.
- » Im Ranking der Unternehmenssteuerwüsten bewertet TJN, welche Länder am meisten zur Steuervermeidung großer Konzerne beitragen und davon profitieren. Die Top 3 sind dem Ranking nach die Britischen Jungferninseln, die Kaiman-Inseln und die Bermudas.
- » Im jährlichen Steuergerechtigkeitsbericht schätzt TJN den Schaden durch Steuervermeidung auf 480 Milliarden Euro. Damit könnte man laut TJN ein Jahr lang die Ausgaben für die globale Gesundheitsversorgung abdecken.
- » TJN setzt sich dafür ein, dass große Konzerne für jedes Land in dem sie tätig sind aufschlüsseln müssen, wie viele Gewinne sie dort machen und wie viel Steuern sie darauf zahlen. So soll Gewinnverschiebung für alle sichtbar werden.
- » Außerdem will TJN die Rolle der Vereinten Nationen bei der Debatte über internationale Steuerregeln stärken. Aus Sicht von TJN ist die OECD ein Club der reichen Industriestaaten, der die Interessen der Entwicklungsländer und der Mehrheit der globalen Bevölkerung nicht ausreichend vertritt. TJN kritisiert außerdem, dass bei der OECD oft Experten aus den Ministerien hinter verschlossenen Türen verhandeln und es – anders als bei der UN – keine transparenten demokratischen Verhandlungsprozesse gibt.

Zum Weiterlesen: Mehr Infos zum Ranking der Unternehmenssteuerwüsten und den Schätzungen des jährlichen Steuerverlusts von TJN (in Englisch) hier:



UNTERNEHMENS- VERTRETER



Euer Ziel

Eure wichtigsten Ziele sind möglichst einfache und verlässliche Regeln mit möglichst niedrigen Steuern. Ihr wollt nationale Alleingänge und Doppelbesteuerung vermeiden. Umso niedriger Mindeststeuern und die Umverteilung von Besteuerungsrechten umso besser.

Hintergrund

- » Alle großen Unternehmen beschäftigen in ihren Finanzabteilungen Steuerspezialisten. Sie werden von großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Anwaltskanzleien bei ihren Steuererklärungen und Streitigkeiten mit den Steuerbehörden beraten. Und sie nehmen über eigene Mitarbeiter und über verschiedene Verbände Einfluss auf die Politik.
- » Mit ihrer Expertise und ihren Ressourcen dominieren sie oft die technischen Debatten rund um die Unternehmensbesteuerung auf nationaler und internationaler Ebene – zum Beispiel über Stellungnahmen zu Reformvorschlägen.
- » Auch in der öffentlichen Debatte sind sie über aktive Öffentlichkeitsarbeit oft gut sichtbar.
- » Ein paar Zahlen und Beispiele:
 - In den USA waren 2023 fast 13.000 Personen als Lobbyisten beschäftigt und die Lobby-Ausgaben beliefen sich auf fast 4 Milliarden Euro. Google allein gab 11,09 Millionen Euro für seine Interessensvertretung aus. Das US-Parlament hatte etwa 10.000 Mitarbeitende.
 - In der EU sind Schätzungen zufolge 25.000 Lobbyisten mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro aktiv. Davon arbeiten etwa 70 Prozent für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. In 2023 rangierte Google auf Platz 4 der größten Lobbyakteure in Brüssel mit einer Summe von 5,5 Millionen Euro für die Lobbytätigkeiten.
- In der Bundesrepublik ist dem Lobbyregister des deutschen Bundestags zufolge die Anzahl der Interessenvertretungen von Unternehmen mit etwa 1.900 am höchsten, wobei die Finanzlobby mit 42,83 Millionen Euro die höchsten Lobby-Ausgaben verbuchten.

In der OECD gibt es die Möglichkeiten sich als Lobbyunternehmen einzubringen, indem man Stellungnahmen zu geplanten Regelungen verfasst. Viele Verbände und Interessensvertretungen nutzen diese Chance, um ihre Interessen einzubringen und Einfluss auszuüben. Außerdem können Kommentare bei öffentlichen Konsultationen eingebracht werden.

Zum Weiterlesen: Mehr zum Lobbyismus der Digitalkonzerne:

